

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/316

Ministerin

Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Herrn Klaus Schlie, MdL
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

21. November 2017

**Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2018 – Auswertung durch das
Hanse-Office in Brüssel**

Sehr geehrter Herr Präsident,

anliegend übersende ich Ihnen die Auswertung des Arbeitsprogramms der Europäischen
Kommission für 2018 durch das Hanse-Office in Brüssel.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Sabine Sütterlin-Waack

Anlage: Auswertung

**Auswertung des Arbeitsprogramms
der Europäischen Kommission 2018:
„Agenda für ein enger vereintes, stärkeres
und demokratischeres Europa“
– COM(2017) 650 vom 24.10.2017 –**

durch das Hanse-Office,
die Gemeinsame Vertretung von Hamburg und
Schleswig-Holstein in Brüssel

Einleitung

Die Europäische Kommission (KOM) hat am 24. Oktober ihre Pläne für den Abschluss der Arbeiten zu den [zehn politischen Prioritäten](#) vorgestellt, die KOM-Präsident Jean-Claude Juncker bis zum Ende seiner Amtszeit verwirklichen will. Die 26 neuen Initiativen, die im Arbeitsprogramm 2018 enthalten sind, haben zwei Schwerpunkte: Zum einen geht es um gezielte legislative Maßnahmen zur Vollendung der Arbeit der KOM in vorrangigen Politikbereichen. Sie sollen alle bis Mai 2018 vorgelegt werden, damit das Europäische Parlament und der Rat die gesetzgeberischen Arbeiten rechtzeitig vor den Europawahlen im Juni 2019 abschließen können. Zum anderen werden in dem Arbeitsprogramm längerfristig ausgerichtete ehrgeizige Maßnahmen und Initiativen vorgestellt, die die neue Union der 27 zur Gestaltung ihrer Zukunft bis zum Jahr 2025 und darüber hinaus ergreifen sollte.

Diese Vorschläge tragen der Debatte Rechnung, die durch das [Weißbuch der Kommission über die Zukunft Europas](#) und die [Rede von Präsident Juncker zur Lage der Union 2017](#) in Gang gesetzt worden ist.

Das Hanse-Office hat die aus Sicht der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg wichtigsten Vorhaben aus den unterschiedlichen Politikbereichen zusammengefasst. Dabei umfasst die vorgenommene Auswertung neue Initiativen (Anhang 1), REFIT-Maßnahmen (Anhang 2) und vorrangige anhängige Vorschläge (Anhang 3). Diese Schwerpunktsetzung gibt die Einschätzung aus heutiger Sicht wieder. Im Laufe eines Jahres ergeben sich erfahrungsgemäß Ergänzungen oder Änderungen durch neue Herausforderungen oder politische Entwicklungen.

Finanzen:

Die angekündigten Initiativen bis zum Ende der Amtszeit der Juncker-Kommission setzen die bisherige politische Arbeit im Bereich Finanzen und WWU konsistent fort. So wird die KOM noch im Dezember ein umfassendes Paket zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion vorlegen und damit den bereits im Weißbuch-Prozess intendierten Weg weiter voranschreiten.

Im Rahmen des Europäischen Semesters will die KOM weiterhin einen weitgehend neutralen finanzpolitischen Kurs für die Eurozone vorschlagen; hierbei soll v. a. auf eine Stärkung in Bezug auf wirtschaftliche und soziale Konvergenz stattfinden. Eine gesonderte Erwähnung des Europäischen Semesters findet im Arbeitsprogramm nicht statt.

Vielmehr dürften zentrale Diskussionspunkte über die Zukunft der EU und insb. im Bereich Finanzen die Vorschläge zum Mehrjährigen Finanzrahmen post 2020 darstellen. Diese Vorschläge werden nicht nur die Situation einer Post-Brexit-Ära widerspiegeln, sondern vielmehr auch die neuen Prioritäten und Herausforderungen der EU berücksichtigen müssen, wie z. B. Verteidigung und Migration. Es dürfte mit schwierigen Verhandlungen zu rechnen sein. Schätzungen gehen mit Mehrkosten von etwa 4 bis 5 Mrd. EUR p. a. für den EU-Haushalt allein für Deutschland aufgrund des Brexits aus.

Im Steuerbereich werden die bereits angekündigten Vorschläge zur MwSt., wie MwSt.-Sätze, Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der MwSt., zur Vereinfachung der Regelungen für KMU zwar in der Mitteilung erwähnt, jedoch nicht gesondert in den Anhängen.

Für den Bereich der Finanzmarktregulierung dürfte darüber hinaus noch von Interesse sein, dass die KOM ankündigt, den Vorschlag für eine VO zur Bankenstrukturreform aus 2014 zurücknehmen zu wollen, da hier seit 2015 keine Fortschritte verzeichnet wurden.

Anhang I: Neue Initiativen (Arbeitsprogramm 2018)

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Gegenstand und Ziele |
|---------------|---|--|
| Nr. 2 | Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) post 2020 (mit Blick auf das Jahr 2025 einzuleitende Initiative) | Umfassender Vorschlag in Bezug auf den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen für die Zeit nach 2020 (Q2/2018), gefolgt von Vorschlägen für die nächste Generation von Programmen und die neuen Eigenmittel (legislativ, einschließlich der Folgenabschätzung, Art. 311 AEUV sowie sektorale Grundlagen, Q2/2018). |
| Nr. 7 | Eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft | Vorschlag zur Festlegung von Regeln auf EU-Ebene zur Besteuerung der Gewinne, die multinationale Unternehmen durch die digitale Wirtschaft erzielen (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 113 und 115 AEUV, Q1/2018). |
| Nr. 10 | Vollendung der Kapitalmarktunion | Überarbeitung des Rahmens für Investmentgesellschaften (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, Q4/2017), Aktionsplan für nachhaltige Finanzen mit regulatorischen Maßnahmen (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung/nicht legislativ, Q1/2018), Initiative zu Finanztechnologie (FinTech) (nicht legislativ, Q1/2018), Vorschlag für einen EU-Rahmen zu Crowdfunding und Peer-to-peer-Finanzierung (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, Q1/2018), Schaffung eines europäischen Rahmens für gedeckte Schuldverschreibungen (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, Q1/2018) und eine auf der Grundlage von REFIT erfolgende Initiative zur Verringerung der Hindernisse für den grenzüberschreitenden Vertrieb alternativer Investmentfonds und OGAW (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, Q1/2018). |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Gegenstand und Ziele |
|---------------|--|--|
| Nr. 12 | Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion | Vorschläge zur Umgestaltung des europäischen Stabilitätsmechanismus in einen dem EU-Recht unterliegenden europäischen Währungsfonds (legislativ, Q4/2017), Schaffung einer eigenen Euroraum-Haushaltlinie im Rahmen des EU-Haushalts mit vier Funktionen: 1) Strukturreform-Hilfe, 2) Stabilisierungsfunktion, 3) Letztsicherung für die Bankenunion und 4) Konvergenz-Instrument, mit dem Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören, Hilfen für den Weg zum Beitritt erhalten können (nicht legislativ, Q4/2017) und inhaltliche Integration des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion in das EU-Recht unter Berücksichtigung der Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der die Kommission seit Januar 2015 Rechnung trägt (legislativ, Q4/2017). |
| Nr. 13 | Vollendung der Bankenunion | Vorschläge zur Entwicklung von Sekundärmärkten für notleidende Kredite (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, Q1/2018), Schutz gesicherter Gläubiger gegen Ausfall von Schuldner-Unternehmen (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, Q1/2018) und Schaffung eines Rahmens für die Entwicklung von EU-staatsanleihebesicherten Wertpapieren (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, Q1/2018). |
| Nr. 14 | Einführung des Amtes des ständigen und rechenschaftspflichtigen EU-Wirtschafts- und Finanzministers (<i>mit Blick auf das Jahr 2025 einzuleitende Initiative</i>) | Mitteilung über die mögliche Schaffung eines ständigen und demokratisch rechenschaftspflichtigen europäischen Wirtschafts- und Finanzministers (nicht legislativ, Q4/2017). |

Anhang II: REFIT-Initiativen

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|-----------------------|--|--|-----------------|
| Nr. 7 | Allgemeines Verbrauchsteuersystem | Überarbeitung der Richtlinie 2008/118/EG zum Zwecke der Angleichung und der Gewährleistung von Kohärenz zwischen den Zoll- und Verbrauchsteuervorschriften, der Erhöhung der Rechtssicherheit und der Sicherstellung der einheitlichen Anwendung des EU-Rechts (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 113 AEUV, Q1/2018). | |

Energie, Klima und Umwelt

Die KOM hat sich für 2018 vorgenommen, die europäischen Klimaziele für 2050 überarbeiten zu wollen. Dies soll den Zielen des Pariser Abkommens Rechnung tragen, wonach die Menschheit ab 2050 "klimaneutral" leben, also keine Klimagase mehr ausstoßen soll (beziehungsweise die noch nicht vermiedenen Emissionen an anderer Stelle durch Klimaschutzmaßnahmen ausgleichen). Mit diesen Zielen sind die bisherigen Klimaziele der EU veraltet, deren Zielmarke noch bei 80-95% liegt und aus dem Jahr 2011 datiert. Es handelt sich dabei zwar um eine nicht legislative Maßnahme, die jedoch den Weg in eine dekarbonisierte Zukunft weist und den Ministerräten den politischen Willen aufzeigt (Annex I, Nr. 6).

Ferner wird es darum gehen, die Verhandlungen über LULUCF und die Lastenteilung im kommenden Jahr zügig abzuschließen. Noch während der laufenden Klimakonferenz in Bonn (6. - 18. November) gelang es der EU, eine Einigung über die Reform des europäischen Emissionshandelssystems für die Zeit nach 2020 zu erzielen.

An der Schnittstelle zwischen Klima und Verkehr sieht die Kommission die Notwendigkeit, den Ausbau der Batterietechnologie und die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe voranzutreiben, da diesen bei der Umstellung auf umweltfreundliche Mobilität und saubere Energie eine Schlüsselrolle zukommt.

Der Fokus liegt auf dem zügigen Abschluss des im November 2016 vorgelegten Pakets „Saubere Energie für alle Europäer“, das derzeit im Europäischen Parlament und dem Rat der EU in der Diskussionsphase befindlich ist. Von den vorgelegten Legislativvorschlägen ist bisher über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden in beiden Gremien abgestimmt worden (aktuell im Trilogverfahren). Die anderen Teile des Pakets werden in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments Ende des Jahres abgestimmt, im Plenum ist dies für das Q1/2018 anvisiert, der Rat der EU wird sich voraussichtlich im gleichen Zeitfenster (Q1/2018) bewegen, sodass anschließend die Trilogie beginnen könnten.

Anhang I: Neue Initiativen

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel |
|---------------|--|--|
| Nr. 1 | Umsetzung des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft | Diese Initiative umfasst eine Strategie für die Verwendung, das Recycling und die Wiederverwendung von Kunststoffen (nicht legislativ, Q4/2017), einen Vorschlag für eine Verordnung über die Mindestqualitätsanforderungen an wiederverwendetes Wasser (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 192 AEUV, Q4/2017), eine auf der Grundlage von REFIT erfolgende Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 192 AEUV, Q4/2017), eine Initiative zur Beseitigung rechtlicher, technischer oder praktischer Engpässe an der Schnittstelle zu chemischen, produktspezifischen und abfallspezifischen Rechtsvorschriften (nicht legislativ, Q4/2017) und einen Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft (nicht legislativ, Q4/2017). |
| Nr. 3 | Eine nachhaltige Zukunft Europas (mit Blick auf das Jahr 2025 einzuleitende Initiative) | Diskussionspapier „Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030, aufbauend auf den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung sowie dem Übereinkommen von Paris über den Klimawandel“ (nicht legislativ, Q2/2018) |
| Nr. 5 | Vollendung der Energieunion | Folgebemaßnahme zum Solidaritätsaspekt der Energieunion, einschließlich eines Vorschlags über gemeinsame Regeln für in den europäischen Erdgasbinnenmarkt eintretende Gasfernleitungen (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 194 AEUV, Q4/2017) |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel |
|---------------|---|--|
| Nr. 6 | Zukunft der Energie- und Klimapolitik der EU (<i>mit Blick auf das Jahr 2025 einzuleitende Initiative</i>) | Mitteilung über die Zukunft der Energie- und Klimapolitik der EU, einschließlich der Zukunft des Euratom-Vertrags (unter Berücksichtigung der Erklärung Nr. 54 von fünf Mitgliedstaaten, die der Schlussakte des Vertrags von Lissabon beigefügt sind), und über die mögliche Anwendung des Artikels 192 Absatz 2 Unterabsatz 2 AEUV (nicht legislativ, Q2/2018) |

Anhang III: Vorrangige anhängige Vorschläge

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|--------------------------------------|---|--|
| Nr. 3 | Paket zur Kreislaufwirtschaft | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2000/53/EG über Altfahrzeuge, der Richtlinie 2006/66/EG über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren sowie der Richtlinie 2012/19/EU über Elektro- und Elektronik-Altgeräte | COM(2015) 593 final 2015/0272 (COD) 2.12.2015 |
| | | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle | COM(2015) 595 final 2015/0275 (COD) 2.12.2015 |
| | | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 1999/31/EG über Abfalldeponien | COM(2015) 594 final 2015/0274 (COD) 2.12.2015 |
| | | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle | COM(2015) 596 final 2015/0276 (COD) 2.12.2015 |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|--|---|---|
| Nr. 15 | Paket „Saubere Energie für alle Europäer“ | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz | COM(2016) 761 final 2016/0376 (COD) 30.11.2016 |
| | | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden | COM(2016) 765 final 2016/0381 (COD) 30.11.2016 |
| | | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung) | COM(2016) 767 final 2016/0381 (COD) 30.11.2016 |
| | | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung) | COM(2016) 864 final 2016/0380 (COD) |
| | | Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung) Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Gründung einer Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Neufassung) | COM(2016) 861 final 2016/0379 (COD) COM(2016) 863 final |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|-------------|--|--|
| | | Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Risikovorsorge im Elektrizitätssektor und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/89/EG | 2016/0378 (COD) COM(2016) 862 final 2016/0377 (COD) Alle angenommen am 30.11.2016 |
| | | Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über das Governance-System der Energieunion zur Änderung der Richtlinie 94/22/EG, der Richtlinie 98/70/EG, der Richtlinie 2009/31/EG, der Verordnung (EG) Nr. 663/2009, der Verordnung (EG) Nr. 715/2009, der Richtlinie 2009/73/EG, der Richtlinie 2009/119/EG des Rates, der Richtlinie 2010/31/EU, der Richtlinie 2012/27/EU, der Richtlinie 2013/30/EU und der Richtlinie (EU) 2015/652 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 | COM(2016) 759 final 2016/375 (COD) 30.11.2016 |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|-------------------|--|--|
| Nr. 16 | Klimapaket | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG zwecks Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und zur Förderung von Investitionen in CO2-effiziente Technologien | COM(2015) 337 final 2015/0148 (COD) 15.7.2015 |
| | | Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und zur Änderung der Verordnung Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen und über andere klimaschutzrelevante Informationen | COM(2016) 479 final 2016/0230 (COD) 20.7.2016 |
| | | Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021-2030 zwecks Schaffung einer krisenfesten Energieunion und Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris sowie zur Änderung der Verordnung Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen und über andere klimaschutzrelevante Informationen | COM(2016) 482 final 2016/0231 (COD) 20.7.2016 |

Regionalpolitik

Neue unmittelbare Initiativen zur Regionalpolitik werden im Arbeitsprogramm für 2018 nicht angekündigt; wesentliche Bedeutung für die Regionalpolitik und insbesondere die Struktur- und Investitionsfonds in Schleswig-Holstein und Hamburg für die Zeit nach 2020 werden aber der „Vorschlag in Bezug auf den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen für die Zeit nach 2020 (Q2/2018)“ sowie insbesondere die nachfolgenden Vorschläge für die nächste Generation von Programmen und die neuen Eigenmittel (ebenfalls Q2/2018) haben. Darüber hinaus mahnt die KOM eine rasche Umsetzung des Vorschlages für den EFSI 2.0 (KOM(2016) 597) sowie des Omnibus-Vorschlages (KOM(2016) 605) an, um die Kombination der europäischen Struktur- und Investitionsfonds mit dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen zu ermöglichen (s. o. unter „Finanzen“).

Landwirtschaft und Fischerei

Angekündigt wird ein Vorschlag zur Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette, um Landwirte bei der Stärkung ihrer Marktposition zu unterstützen und sie vor künftigen externen Schocks zu schützen. Mit dem Ziel der Vereinfachung und höherer Wirksamkeit soll der gegenwärtige Rechtsrahmen für das Fischereikontrollsystem im Rahmen von REFIT überarbeitet werden.

Anhang I: Neue Initiativen

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Gegenstand und Ziele |
|------------|--|---|
| Nr. 9 | Lebensmittelversorgungskette in der EU | <ul style="list-style-type: none">Vorschlag zur Verbesserung der EU-Lebensmittelversorgungskette (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 42 und 43 AEUV, Q1/2018) |

Anhang II: REFIT-Initiativen

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel |
|------------|--|---|
| Nr. 3 | Überarbeitung des Fischereikontrollsystems | Im Rahmen dieser Initiative soll der gegenwärtige Rechtsrahmen (Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates, Verordnung (EG) Nr. 768/2005 des Rates, Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates) auf der Grundlage der Ergebnisse der Evaluierung (SWD(2017)134 final) vereinfacht und wirksamer gemacht werden, u. a. durch Straffung der Vorschriften, Harmonisierung des Katalogs der schweren Verstöße, Verringerung des Verwaltungsaufwands und Förderung der Verwendung einheitlicher IT-Instrumente. Diese Initiative geht auf eine Stellungnahme der REFIT-Plattform zurück (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 43 AEUV, Q2/2018). |

Arbeit und Soziales

Im Rahmen des Paketes zur sozialen Sicherheit kündigt die KOM den bereits von Kommissionspräsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union am 13. September angedeuteten „Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde“ für das zweite Quartal 2018 an, die die Umsetzung der EU-Vorschriften zur Mobilität von Arbeitskräften sicherstellen soll. Darüber hinaus kündigt die KOM im Rahmen des Paketes eine Initiative zum „Zugang zu sozialer Sicherung für Selbstständige in atypischen Arbeitsverhältnissen“ an, die einen besonderen Fokus auf Selbstständige in den Arbeitsbereichen legt, die besonders von der Digitalisierung beeinflusst werden. Um die Mobilität von Arbeitskräften insgesamt und insbesondere in den Binnengrenzregionen in der EU zu fördern, plant die KOM darüber hinaus, eine „Initiative für eine europäische Sozialversicherungsnummer“ vorzulegen, vergleichbar mit IBAN-Nummern, die einer besseren Zusammenarbeit europäischer Sozialsysteme sowie der Digitalisierung ihrer Verwaltung und der Vereinfachung grenzüberschreitender Arbeitskräftemobilität dienen soll.

Anhang I: Neue Initiativen

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Gegenstand und Ziele |
|---------------|--|---|
| Nr. 8 | Paket zu sozialer Gerechtigkeit | <ul style="list-style-type: none">• Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde (legislativ, Q2/2018),• Initiative zum Zugang zu sozialer Sicherung für Selbstständige in atypischen Arbeitsverhältnissen (legislativ/nicht legislativ, Art. 153-155 und 352 AEUV, Q2/2018),• Initiative für eine europäische Sozialversicherungsnummer, die je nach Bedarf in verschiedenen Politikbereichen genutzt werden könnte (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Q2/2018)• Eine auf der Grundlage von REFIT erfolgende Überarbeitung der Richtlinie über schriftliche Erklärungen, mit der Arbeitgeber verpflichtet werden, ihre Arbeitnehmer über die für deren Arbeitsvertrag bzw. Arbeitsverhältnis geltenden Voraussetzungen zu informieren |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Gegenstand und Ziele |
|---------------|-------------|--|
| | | (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung/nichtlegislativ; Art. 153 und 154 AEUV, Q4/2017) . |

Anhang III: Vorrangige anhängige Vorschläge

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|---|--|---|
| Nr. 17 | Paket „Europa in Bewegung“ | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2006/22/EG bezüglich der Durchsetzungsanforderungen und zur Festlegung spezifischer Regeln im Zusammenhang mit der Richtlinie 96/71/EG und der Richtlinie 2014/67/EU für die Entsendung von Kraftfahrern im Straßenverkehrssektor. | COM(2017) 278 final 2017/0121 (COD) 31.5.2017 |
| Nr. 22 | Europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP) | Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über ein europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP). | COM(2017) 343 final 2017/0143 (COD) 29.6.2017 |
| Nr. 29 | Entsendung von Arbeitnehmern | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen. | COM(2016) 128 final 2016/0070 (COD) 8.3.2016 |

| | | | |
|---------------|--|--|---|
| Nr. 30 | Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit | Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004. | COM(2016) 815 final 2016/0397 (COD) 13.12.2016 |
| Nr. 31 | Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates. | COM(2017) 253 final 2017/0085 (COD) 26.4.2017 |
| Nr. 63 | Europäisches Solidaritätskorps | Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Festlegung des rechtlichen Rahmens des Europäischen Solidaritätskorps sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1288/2013, (EU) Nr. 1293/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1305/2013, (EU) Nr. 1306/2013 und des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU. | COM(2017) 262 final 2017/0102 (COD) 30.5.2017 |

Wirtschaft

In der Mitteilung hebt die KOM die Bedeutung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie hervor, die sie u. a. durch ihre Strategien zur Industriepolitik und zur Kreislaufwirtschaft (siehe Annex 1, Nr. 1) zu stärken gedenkt. Die Vertiefung des Binnenmarkts soll 2018 u. a. durch die Überarbeitung des Gesellschaftsrechts (siehe Annex 4 Nr. 10), eine verbesserte Mobilität der Arbeitnehmer (siehe Annex 1, Nr. 8) und Vorschläge zur Vollendung der Kapitalmarktunion (siehe Annex 1, Nr. 10) unterstützt werden. Eine ausgewogene Handelspolitik soll vor allem durch den Abschluss und die Umsetzung von Abkommen mit Mercosur, Mexiko, Japan, Singapur und Vietnam, der Modernisierung der Handelsschutzinstrumente sowie durch die Prüfung ausländischer Direktinvestitionen realisiert werden. Keine Erwähnung im Arbeitsprogramm findet das Warenpaket, dessen Vorlage mehrfach verschoben wurde und das nun voraussichtlich Ende Dezember 2017 vorgelegt werden soll.

Anhang I: Neue Initiativen

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Gegenstand und Ziele |
|---------------|---|---|
| Nr. 11 | Steigerung der Effizienz der Binnenmarkt-Rechtsetzung <i>(mit Blick auf das Jahr 2025 einzuleitende Initiative)</i> | Mitteilung über einen möglichen intensiveren Rückgriff auf die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und das ordentliche Gesetzgebungsverfahren in Binnenmarktfragen auf der Grundlage des Artikels 48 Absatz 7 EUV (nicht legislativ, Q3/2018). |
| Nr. 15 | Umsetzung der Strategie „Handel für alle“ | Abschluss von Abkommen mit Japan, Singapur und Vietnam, Fortsetzung der Verhandlungen mit Mexiko und Mercosur – sowie mit Australien und Neuseeland, sobald der Rat die entsprechenden von der KOM empfohlenen Mandate gebilligt hat. |

Verkehr

Das AP enthält keine völlig neuen Initiativen im Verkehrsbereich. Die wichtigsten Maßnahmen haben bereits 2017 begonnen oder wurden zumindest hierfür angekündigt. Das gilt insbesondere für das äußerst umfangreiche Paket „Europa in Bewegung“ (Europe on the Move), dessen wichtigste Elemente bereits im Mai 2017 vorgelegt wurden. Die KOM wird ihre Anstrengungen nun weiter auf die Umstellung hin zu emissionsfreier Mobilität konzentrieren. Im Zentrum stehen die am 8. November vorgestellten Vorschläge für neue CO₂-Normen für Personenkraftwagen sowie leichte und schwere Nutzfahrzeuge (Teil des sog. „Clean Mobility Package“).¹ Die KOM will zudem ihre Arbeit in den Bereichen Traktionsbatterien und Infrastruktur für alternative Kraftstoffe vorantreiben, da sie diesen eine strategisch wichtige Rolle bei der Umstellung auf umweltfreundliche Mobilität und saubere Energie zumisst. Auch hierzu finden sich weitere Ausführungen in den am 8. November vorgelegten Vorschlägen. Die Digitalisierung von Formalitäten im Güterverkehr wird 2018 ein weiterer Schwerpunkt für die KOM. Im Übrigen richtet sich auch im Verkehrsbereich die Aufmerksamkeit auf die Verteilung der EU-Mittel im nächsten MFR, insbesondere im Hinblick auf die Finanzierungsfazilität „Connecting Europe Facility“ für transeuropäische Verkehrsinfrastrukturen (TEN-V). Die KOM plant zudem, einen VO-Vorschlag für eine raschere Umsetzung von TEN-V-Vorhaben vorzulegen.

Anhang II: REFIT-Initiativen

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|------------|--|---|----------|
| Nr. 4. | Anerkennung elektronischer Frachtpapiere durch Behörden und/oder Geschäftspartner | Durch die Förderung der Anerkennung elektronischer Frachtpapiere und deren breitere Verwendung durch Frachtführer sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung im Verkehrssektor besser genutzt werden (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 91 AEUV, Q2/2018). | |

¹ https://ec.europa.eu/transport/modes/road/news/2017-11-08-driving-clean-mobility_en

| | | | |
|-------|--|---|---------------|
| Nr. 5 | Initiative „einziges Fenster“ im Seeverkehr | Überarbeitung der Richtlinie 2010/65/EU über Meldeformalitäten für Schiffe beim Einlaufen in und/oder Auslaufen aus Häfen der Mitgliedstaaten (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 100 Abs. 2 AEUV, Q2/2018) | RL 2010/65/EU |
| Nr. 6 | TEN-V-Investitionen | Verordnung zur Straffung der Maßnahmen für eine raschere Durchführung der Vorhaben von gemeinsamem Interesse im transeuropäischen Verkehrsnetz (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 171-172 AEUV, Q1/2018) | |

Anhang III: Vorrangige anhängige Vorschläge

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|------------|-----------------------------------|--|---|
| Nr. 17 | Paket „Europa in Bewegung“ | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge | COM(2017) 275 final 2017/0114 (COD) 31.5.2017 |
| | | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES RATES zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge hinsichtlich bestimmter Vorschriften zu den Kraftfahrzeugsteuern | COM(2017) 276 final 2017/0115 (COD) 31.5.2017 |
| | | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Interoperabilität elektronischer Mautsysteme und die Erleichterung des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs | COM(2017) 280 final 2017/0128 (COD) |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|-------------|---|--|
| | | über die Nichtzahlung von Straßenbenutzungsgebühren in der Union (Neufassung) | 31.5.2017 |
| | | Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 und der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 im Hinblick auf ihre Anpassung an die Entwicklungen im Kraftverkehrssektor | COM(2017) 281 final 2017/0123 (COD) 31.5.2017 |
| | | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2006/1/EG über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr | COM(2017) 282 final 2017/0113 (COD) 31.5.2017 |
| | | Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 hinsichtlich der Mindestanforderungen in Bezug auf die maximalen täglichen und wöchentlichen Lenkzeiten, Mindestfahrtunterbrechungen sowie täglichen und wöchentlichen Ruhezeiten und der Verordnung (EU) Nr. 165/2014 in Bezug auf die Positionsbestimmung mittels Fahrtenschreibern | COM(2017) 277 final 2017/0122 (COD) 31.5.2017 |
| | | Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Überwachung und Meldung der CO2-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge | COM(2017) 279 final 2017/0111 (COD) 31.5.2017 |
| | | Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2006/22/EG bezüglich der Durchsetzungsanforderungen und zur Festlegung spezifischer Regeln im | COM(2017) 278 final 2017/0121 (COD) |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|---|--|--|
| Nr. 20 | Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen | Zusammenhang mit der Richtlinie 96/71/EG und der Richtlinie 2014/67/EU für die Entsendung von Kraftfahrern im Straßenverkehrssektor | 31.5.2017 |
| | | Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge | COM(2016) 31 final 2016/014 (COD) 27.1.2016 |

Justiz

Im Bereich Justiz stehen auch 2018 neben Initiativen zur Umsetzung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa (siehe Abschnitt „Digitaler Binnenmarkt und Medien“) weiterhin Initiativen zur Verbesserung der Bekämpfung des Terrorismus im Vordergrund. So plant die KOM mit Blick auf die längerfristige Gestaltung der EU die Vorlage einer Mitteilung über eine mögliche Ausweitung des Aufgabenfeldes der neu zu schaffenden Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Bekämpfung grenzüberschreitender terroristischer Straftaten. Die Verhandlungen bezüglich der Verordnungsvorschläge zur Einrichtung eines zentralisierten Strafregisterinformationssystems sowie über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen sollen zügig zum Abschluss gebracht werden.

Im Bereich Zivilrecht liegt ein Hauptaugenmerk auf dem Abschluss der Verhandlungen über die Insolvenzrichtlinie. Als REFIT-Initiativen sollen zudem die Verordnungen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handels-sachen sowie die Verordnung über die Beweisaufnahme überarbeitet werden.

Anhang I: Neue Initiativen

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Gegenstand und Ziele |
|------------|--|--|
| Nr. 18 | Ausweitung des Aufgabenfelds der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft (mit Blick auf das Jahr 2025 einzuleitende Initiative) | Mitteilung über eine mögliche Ausweitung des Aufgabenfelds der neu geschaffenen Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Bekämpfung von Terrorismus auf der Grundlage des Artikels 86 Absatz 4 AEUV (nicht legislativ, Q3/2018) |

Anhang II: REFIT-Initiativen

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|--|---|----------|
| Nr. 10 | Überarbeitung der Verordnung über die Zustellung von Schriftstücken | Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 81 Abs. 2 AEUV, Q2/2018) | |
| Nr. 11 | Überarbeitung der Verordnung über die Beweisaufnahme | Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 über die Beweisaufnahme (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 81 Abs. 2 AEUV, Q2/2018) | |

Anhang III: Vorrangige anhängige Vorschläge

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|----------------------------|--|--|
| Nr. 21 | Insolvenzrichtlinie | Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über präventive Restrukturierungsrahmen, die zweite Chance und Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren und zur Änderung der Richtlinie 2012/30/EU | COM/2016/0723 final - 2016/0359 (COD) |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|--|---|--|
| Nr. 43 | Europäisches Strafregisterinformationssystem (ECRIS) | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines zentralisierten Systems für die Ermittlung der Mitgliedsstaaten, in denen Informationen zu Verurteilungen von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen (TCN) vorliegen, sowie zur Ergänzung und Unterstützung des Europäischen Strafregisterinformationssystems (ECRIS) und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 (ECRIS-TCN) | COM/2017/0344 final - 2017/0144 (COD) |
| Nr. 45 | Gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen | COM/2016/0819 final - 2016/0412 (COD) |

Inneres

Die Themen Migration und innere Sicherheit haben auch für die kommenden Monate weiterhin Priorität. Dabei geht es vor allem um den Abschluss der Verhandlungen über bereits von der KOM im Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda sowie der Agenda für eine EU-Sicherheitsunion vorgelegten Vorschläge.

Im Bereich Migration stehen die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), die Ausweitung von Wegen der legalen Migration nach Europa, die Erhöhung der Rückführungs-/Rückkehrquoten sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten im Vordergrund der Arbeiten. Die Verhandlungen zur Reform des GEAS, insbesondere der Reform des Dublin III-Systems, sollen bis Juni 2018 abgeschlossen werden. Im Hinblick auf eine Verbesserung der Möglichkeiten legaler Migration sollen der Verordnungsvorschlag für einen EU-Neuansiedlungsrahmen sowie der Vorschlag zur Überarbeitung der Blue Card-Richtlinie zügig angenommen werden. Weiter beabsichtigt die KOM die Vorlage von Vorschlägen für eine Reform des Visakodex und die Revision des Visa-Informationssystems. In diesem Zusammenhang wird sie ihre Vorschläge für die Neufassung des Visakodex und für ein Rundreise-Visum zurückziehen. Im Hinblick auf die Verfolgung des Ziels der Erhöhung der Rückführungs-/Rückkehrquoten sollen u. a. Rückübernahmen durch Drittstaaten vornehmlich durch eine Verbesserung der praktischen Kooperation gesteigert werden. Zudem soll in der Europäischen Grenzschutz- und Küstenwache eine gut ausgestattete Rückführungsabteilung eingerichtet werden, die einen proaktiven Rückführungsmanagement-Ansatz entwickeln und implementieren soll. Was den Bereich der Zusammenarbeit mit Drittstaaten sollen die Migrationspartnerschaften ausgebaut sowie die Investitionsoffensive für Drittstaaten in Afrika umgesetzt werden.

Die Vollendung der EU-Sicherheitsunion zur besseren Bekämpfung von schwerer organisierter Kriminalität und Terrorismus stellt eine weitere Priorität dar. Noch fehlende, wichtige Bausteine sind hier die Vorlage von Vorschlägen zur Herstellung der Interoperabilität zwischen den EU-Informationssystemen sowie zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Zugangs von Strafverfolgungsbehörden zu elektronischen Beweismitteln und zu Finanzdaten. Weiter sollen die Verordnung über den Vertrieb und die Nutzung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe überarbeitet und Rechtsvorschriften für die Entfernung terroristischer Inhalte vorgeschlagen werden. Geplant ist zudem die Vorlage von nichtbindenden Leitlinien für die Vorratsdatenspeicherung. Weiter stellt die KOM Überlegungen zur Verstärkung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und der EU im Bereich der Radikalisierungsprävention an. Angedacht wird hier der Ausbau des Radicalisation Awareness Network (RAN) in ein Zentrum für Terrorismusprävention und Deradikalisierung.

Besondere Bedeutung kommt darüber hinaus der Wiederherstellung des Schengen-Raums zu, insbesondere durch die Annahme des Vorschlags zur Überarbeitung des Schengener Grenzkodex. Der Schengen-Raum soll außerdem durch Aufnahme Bulgariens und Rumäniens – sowie mittelfristig auch Kroatiens – erweitert werden.

Daneben beabsichtigt die KOM, einen Vorschlag zur Stärkung des EU-Katastrophenschutzverfahrens vorzulegen, der die Schaffung EU-eigener operativer Kapazitäten vorsieht.

Anhang I: Neue Initiativen

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Gegenstand und Ziele |
|---------------|--|---|
| Nr. 20 | Umsetzung der EU-Migrationsagenda | <p>Das Maßnahmenpaket soll folgende Initiativen umfassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überarbeitung des gemeinsamen Visakodex (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 77 AEUV, Q1/2018); • Überarbeitung des Visa-Informationssystems (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 77 und 87 AEUV, Q2/2018); • Überarbeitung der Verordnung über Verbindungsbeamte für Einwanderungsfragen (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Q2/2018). |
| Nr. 16 | Vollendung der Sicherheitsunion | <p>Zur weiteren Umsetzung der Agenda für die Sicherheitsunion und zur Fortsetzung der Bekämpfung beabsichtigt die KOM die Vorlage folgender Vorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorschläge zur Interoperabilität zwischen den EU-Informationssystemen für Sicherheits-, Grenz- und Migrationsmanagement (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 74, 77, 79, 85, 87 und 88, Q4/2017); • einen Vorschlag zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Zugangs von Strafverfol- |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Gegenstand und Ziele |
|---------------|---|--|
| | | <p>gungsbehörden zu elektronischen Beweismitteln (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 82 AEUV, Q1/2018);</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine Überarbeitung der Verordnung über den Vertrieb und die Nutzung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, Q2/2018) sowie • Initiativen, um Strafverfolgungsbehörden den grenzüberschreitenden Zugang zu und die Nutzung von Finanzdaten zu erleichtern (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung/nicht legislativ, Q2/2018). |
| Nr. 17 | Katastrophenschutzverfahren der EU | Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überarbeitung des Beschlusses 1313/2013/EU im Hinblick auf die Einrichtung eines umfassenden Katastrophenschutzmechanismus der Europäischen Union mit eigenen operativen Kapazitäten (legislativ, Art. 196 AEUV, Q4 2017) |

Annex III: Vorrangige anhängige Vorschläge

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|---|--|--|
| Nr. 41 | Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung | Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/849 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Richtlinie 2009/101/EG | COM/2016/0450 final - 2016/0208 (COD) |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|--|--|--|
| Nr. 42 | Europäisches Reiseinfor- mations- und -genehmigungssystem | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Ra- tes über ein Europäisches Reiseinformati- und -genehmigungssystem (ETIAS) und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 515/2014, (EU) 2016/399, (EU) 2016/794 und (EU) 2016/1624 | COM/2016/0731 final - 2016/0357 (COD) |
| Nr. 46 | Schengener Grenzkodex | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Ra- tes zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/399 in Bezug auf die Vorschrif- ten für die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Bin- nengrenzen | COM/2017/0571 final - 2017/0245 (COD) |
| Nr. 47 | Schengener Informations- system (SIS) | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Ra- tes über die Nutzung des Schengener Informationssystems für die Rück- kehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger | COM/2016/0881 final - 2016/0407 (COD) |
| | | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Ra- tes über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener In- formationssystems (SIS) im Bereich der Grenzkontrollen, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 | COM/2016/0882 final - 2016/0408 (COD) |
| | | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Ra- tes über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener In- formationssystems (SIS) im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und | COM/2016/0883 final - 2016/0409 |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|----------------------------------|---|--|
| | | der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1986/2006, des Beschlusses 2007/533/JI des Rates und des Beschlusses 2010/261/EU der KOM | (COD) |
| Nr. 52 | Reform des Dublin-Systems | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) | COM/2016/0270 final - 2016/0133 (COD) |
| Nr. 53 | Asylagentur/EASO | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Asylagentur der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 439/2010 | COM/2016/0271 final - 2016/0131 (COD) |
| Nr. 54 | Eurodac | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten zum Zwecke der effektiven Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist, für die Feststellung der Identität illegal aufhäfti- | COM/2016/0272 final - 2016/0132 (COD) |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|----------------------------|---|--|
| | | ger Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser und über der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung dienende Anträge der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europol auf den Abgleich mit Eurodac-Daten (Neufassung) | |
| Nr. 55 | Aufnahmebedingungen | Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Neufassung) | COM/2016/0465 final - 2016/0222 (COD) |
| Nr. 56 | Asylanerkennung | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes sowie zur Änderung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen | COM/2016/0466 final - 2016/0223 (COD) |
| Nr. 57 | Asylverfahren | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines gemeinsamen Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes in der Union und zur Aufhebung der Richtlinie 2013/32/EU | COM/2016/0467 final - 2016/0224 (COD) |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|---|---|--|
| Nr. 58 | Neuansiedlungsrahmen der Union | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Neuansiedlungsrahmens der Union und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 516/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates | COM/2016/0468 final - 2016/0225 (COD) |
| Nr. 59 | Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung („Blue Card-Vorschlag“) | Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung | COM/2016/0378 final - 2016/0176 (COD) |

Bildung, Jugend und Kultur

Für die Bereiche Bildung, Jugend und Kultur wurden keine neuen Initiativen angekündigt.

In den Bereichen Bildung und Jugend nimmt weiterhin die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einen hohen Stellenwert ein. Einen Schwerpunkt bildet hier zudem die Umsetzung der „Neuen europäischen Agenda für Kompetenzen“ in den Mitgliedstaaten, die vornehmlich nicht legislative Initiativen enthält. Der Verordnungsvorschlag für einen Rechtsrahmen für das Europäische Solidaritätskorps soll bis zum Jahresende angenommen werden. Weiter wird sich die KOM in den kommenden Monaten mit der Erstellung einer EU-Jugendstrategie für die Zeit ab 2019 befassen sowie mit den Vorarbeiten zum Nachfolgeprogramm Erasmus+ (2014 - 2020) für die Zeit nach 2020.

Im Bereich Kultur stehen interne Überlegungen im Hinblick auf die Gestaltung des nächsten Kulturförderprogramms nach 2020 sowie die Umsetzung des Europäischen Jahres des Kulturellen Erbes 2018 im Vordergrund.

Anhang III: Vorrangige anhängige Vorschläge

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|---------------------------------------|---|---|
| Nr.63 | Europäisches Solidaritätskorps | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des rechtlichen Rahmens des Europäischen Solidaritätskorps sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1288/2013, (EU) Nr. 1293/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1305/2013, (EU) Nr. 1306/2013 und des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU | COM / 2017 / 0262 final - 2017/0102 (COD) |

Digitaler Binnenmarkt und Medien

Im Bereich digitaler Binnenmarkt und Medien steht auch 2018 weiterhin die Umsetzung der im Mai 2015 präsentierten Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa im Vordergrund der Arbeiten. Dabei geht es in erster Linie um den Abschluss der Verhandlungen über bereits vorgelegte Gesetzesinitiativen. Prioritär sollen hier u. a. folgende Vorhaben zum Abschluss gebracht werden: der Vorschlag zur Revision der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, die Vorschlagspakete zum Telekommunikationsrecht und zum Urheberrecht, das Vorschlagspaket zu bestimmten vertraglichen Regelungen für digitale Verträge, der Verordnungsvorschlag für die elektronische Kommunikation sowie der Verordnungsvorschlag über die Einrichtung eines zentralen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten.

Als einzige neue Gesetzesinitiative in diesem Bereich hat die KOM einen Vorschlag angekündigt, der die Beziehungen zwischen Online-Plattformen und Unternehmen regeln soll. Weiter beabsichtigt die KOM u. a. die Vorlage einer nicht legislativen Initiative im Hinblick auf die Bekämpfung von Falschmeldungen durch Online-Plattformen.

Anhang I: Neue Initiativen

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Gegenstand und Ziele |
|---------------|--|--|
| Nr. 4 | Vollendung des digitalen Binnenmarkts | Dieses Maßnahmenpaket umfasst <ul style="list-style-type: none">• einen Vorschlag für faire Beziehungen zwischen Plattformen und Unternehmen (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, Q1/2018);• eine Initiative zu den Herausforderungen für Online-Plattformen in Bezug auf die Verbreitung von Falschmeldungen (nicht legislativ, Q1/2018) und• eine Überarbeitung der Leitlinien der KOM zur Marktanalyse und Ermittlung beträchtlicher Marktmacht im Bereich der elektronischen Kommunikation (nicht legislativ, Q2/2018). |

Anhang II: REFIT-Initiativen

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|---|--|----------|
| Nr. 2 | Informationen des öffentlichen Sektors | Überarbeitung der Richtlinie 2013/37/EU über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors, um den digitalen Zugang zu derartigen Daten zu erleichtern (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Art. 114 AEUV, Q2/2018). | |

Anhang III: Vorrangige anhängige Vorschläge

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|---------------------------------|---|--|
| Nr. 5 | Digitale Verträge | Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte | COM/2015/0634 final - 2015/0287 (COD) |
| | | Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Online-Warenhandels und anderer Formen des Fernabsatzes von Waren | COM/2015/0635 final - 2015/0288 (COD) |
| Nr. 6 | Telekommunikationsreform | Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) | COM/2016/0590 final - 2016/0288 |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|--|--|---|
| | | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) | (COD) COM/2016/0591 final - 2016/0286 (COD) |
| Nr. 7 | Das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt | Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt | COM/2016/0593 final - 2016/0280 (COD) |
| Nr. 8 | Das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im Bereich des Rundfunks | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen | COM/2016/0594 final - 2016/0284 (COD) |
| Nr. 9 | Modernisierung des audiovisuellen Rahmens | Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten | COM/2016/0287 final - 2016/0151 (COD) |

| Nr. AP KOM | Bezeichnung | Voller Titel | Referenz |
|---------------|---|---|--|
| Nr. 10 | Vorschlag zur Vorbeugung ungerechtfertigten Geoblockings | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG | COM/2016/0289 final - 2016/0152 (COD) |
| Nr. 11 | Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/58/EG (Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation) | COM/2017/0010 final - 2017/0003 (COD) |
| Nr. 18 | Rechtstreue-Paket | Aus diesem Paket der Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung eines zentralen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 | COM/2017/0256 final - 2017/0086 (COD) |